

Halbische Zeitung

vorm. im G. Schwefel'schen Verlage. (Halbischer Courier.)

Verantwortlicher... für die halbjährliche... 10th 15 Pf.

Abonnement-Preis... Die halbjährliche Zeitung...

Nummer 6.

Halle, Sonnabend, 8. Januar 1887.

179. Jahrgang.

(Ausgegeben am 7. Januar Vormittags.)

Zur ersten Ausgabe gehört als Beilage... der illustrierte Roman von Ottomar Beta...

Die Halbische Zeitung

Illustrirtes Sonntagsblatt, Landwirthschaftliche Mittheilungen, Romanbeilage, Lotterieliste und Parlamentsbeilage

beginnt mit dem 1. Januar 1887 das 1. Vierteljahr ihres 179. Jahrganges.

Bestellungen nehmen sämmtliche Postanstalten zum Preise von M. 3.00 pro Vierteljahr entgegen.

Der schon vor Kurzem erschienene Theil des in Nachdruck erscheinenden großen illustrierten Romans von Ottomar Beta

„Im Weltbrande“

wird nun hinzutretenden Kommentaren auf Verlangen gratis und franco nachgeliefert.

Expedition der Halbischen Zeitung, Halle a. S.

Halle, 7. Januar.

Vollständige Mittheilungen.

\* Die oppositionelle Majorität der Militärkommission des Reichstags hat es mit Hilfe der Sozialdemokraten, welche sich trotz ihrer prinzipiellen Opposition gegen das Gesetz der Stimmabgabe ertheilt, erreicht, daß ein rein negatives Resultat der Verhandlungen erzielt wurde...

nicht hoch genug veranschlagen zu können. Daher würde es unferes Erachtens von hohem Interesse sein, wenn über die Ursachen, welche dem Rücktritte des Genannten zu Grunde liegen, wie auch über das Programm des als Nachfolger Herrn von Bunge's designirten Herrn Björnnegrädski Näheres in Erfahrung gebracht werden könnte.

\* Der Kaiser empfing gestern Vormittag den Kommandanten von Reg. Generalmajor v. Lueke, den Kommandeur der 60. Infanterie-Brigade ernannten Generalmajor v. Gorge, den als stattdemigen Stabschef in das 1. westfälische Infanterie-Regiment Nr. 13, versetzten Oberlieutenant Sgents und den Major Wiercord vom 7. pomeranischen Infanterie-Regiment Nr. 54, zur Abhaltung persönlicher Meldung und nahm aus den Händen des Vorstandes der Geh. Kriegs-Kanzlei Oberst Brigg die neue Rang- und Quartier-Liste für das Jahr 1887 entgegen.

\* Der Kaiser hat auf die aus Anlaß des Jahreswechsels dargebrachte Glückwünsch-Adresse der Stadtverordneten von Berlin folgende Antwort erlassen: „In der Adresse, welche Mir bei dem Eintritt in das neue Jahr von den Stadtverordneten von Berlin überreicht worden ist, haben die erneuten Versicherungen der Treue und Ergebenheit Mir auf das innigste gefallen und Ihre unigen Glückwünsche Mir ungemein wohlgefallen. Ich weiß die Gesinnung, welche in der Bürgerstadt Berlins Mir fast täglich vor Augen tritt, hoch zu schätzen und danke Ihnen von ganzem Herzen dafür. Im Gefühl tiefer Dankbarkeit empfinde auch ich es als eine schwere Gnade Gottes, daß Mir in meinem Alter die Kraft erhalten geblieben ist, um unentgeltlich Mich den Wünschen des Gott Mir zugewiesenen öffentlichen Berufes widmen zu können. Die Fürsorge für das Wohl Meiner Untertanen ist die höchste Aufgabe Meines Lebens. Ich werde in Meinen Beförderungen, die zu erfüllen nicht müde werden und hege das Vertrauen, daß unter dem Schutze des Friedens, den Gott der deutschen Nation erhalten möge, der Erfolg davon nicht ausbleiben werde.“

Berlin, den 6. Januar 1887.

Die Antwort des Kronprinzen auf das Glückwünschschreiben der Stadtverordneten lautet:

Die Stadtverordneten von Berlin haben Mich durch ihre warmen Glückwünsche und den Ausdruck ihrer anhänglichen Gesinnung zum Jahreswechsel herzlich erheitert. Ich danke denselben von Herzen dafür und habe den Wunsch, daß Gott Segen der Entfaltung der Stadt, der Wohlthat ihrer Bewohner und dem gesammten theueren deutschen Vaterlande auch fern erhalten bleibe.

Berlin, den 4. Januar 1887.

Die Ausschüsse des Bundesrats haben am 6. den Gesetzentwurf betr. die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die bei Privatbauten z. beschaffigten Bauhandwerker und Arbeiter beraten, nachdem am 5. die Beratungen über die Unfallversicherung der Seeleute beendet worden sind.

Was die an dem ursprünglichen Entwurfe vorgenommenen Abänderungen betrifft, so sollen dieselben zwar mitunter von erheblicher Art sein, das bisher bei der gesammten Unfallversicherung festgehaltene Prinzip jedoch nicht umstoßen. Das Plenum des Bundesrats wird sich vermuthlich bereits in seiner nächsten Sitzung mit der Vorlage beschäftigen, so daß dieselbe in circa 8 bis 10 Tagen dem Reichstage würde zugehen können. Wenn von einer Seite gemeldet wird, es sei nicht wahrscheinlich, daß der Gesetzentwurf im Reichstage zur Verabreichung gelangt, so ist bei dieser Meldung wohl der Wunsch der Vater des Gedanken.

\* Die Meldung, daß am 6. eine Plenarsitzung des Bundesrats stattfinden würde, erweist sich, trotzdem loag von milder, betagten Gegenständen der Tagesordnung berichtet wurde, als nicht zutreffend.

\* Dem Vernehmen nach liegt es in der Absicht, dem Bundesrat und Reichstage zugleich mit dem zwischen Deutschland und Portugal getroffenen Uebereinkommen, betr. die Besitzverhältnisse in Arica, eine Karte zugehen zu lassen, durch welche diese Besitzverhältnisse deutlich veranschaulicht werden.

\* Die Militärvorlage wird, wie die National- lib. Corr. schreibt, nachdem (am 7.) der Bericht der Commission festgestellt sein wird, Anfang nächster Woche, wahrscheinlich am Dienstag zur zweiten Sitzung im Plenum gelangen. Die dritte Sitzung und entscheidende Abstimmung wird wohl noch am Schluß der Woche, vielleicht am Sonnabend, vorgenommen werden können. Mit größter Spannung steht man jetzt der Ankunft des Reichstages entgegen, die in einigen Tagen zu erwarten sein soll. Je mehr die Gegenstände sich von dem technisch-militärischen auf das politisch-constitutionelle Gebiet hinüberziehen, um so mehr werden die ferneren Entscheidungen von den Conceptionen der Regierung zu erwarten sein, glaubt man in parlamentarischen Kreisen nicht annehmen zu sollen. Ausführungen dieser Art entspringen mehr dem Wunsch der Opposition als daß irgend welche Anhaltspunkte dafür vorliegen. Beachtenswerth ist auch die (von der Halbischen Zeitung gestern schon mitgetheilte) Versicherung des Kriegsministers in der Antwort auf ein Zustimmungstelegramm aus Nordhausen, daß er an der Gesetzesvorlage unbedingt festhalten werde.

\* Militärvorlage. Eine auf den 6. Abends zu Breslau einberufene General-Verammlung des Regens Wahlvereins beschloß eine Resolution an

den Reichstag und den Vorsitzenden der Militärcommission abzugeben, in welcher der Wunsch an die aus verschiedenen Städten erlangenen Kundgebungen und das Vertrauen zur Regierung ausgesprochen wird. — Eine Petition aus Pforzheim hat c. 3000 Unterschriften erlangt.

\* Gelegenlich bei im letzten Buch des verflohenen Jahres erfolgten Abschlußes des Lehrbuches des deutschen Staatsrechts von Dr. Hermann Schulze (Leipzig, Breitkopf u. Härtel) in welchem das Kriegswesen des Reiches in einem ausführlichen Abschnitt eingehende Erörterung findet, sprach sich Graf Wolke, wie der R. Ztg. mitgeteilt wird, gegen den Verfasser hinsichtlich folgendermaßen aus: „Das Kriegswesen des deutschen Reichs kann sich nur gedeihlich entwickeln, wenn seine staatsrechtlichen Grundlagen bei allen maßgebenden Faktoren zu fixerem Verständnis gelangen. In diesem Sinne begrüße ich Ihre gründlichen und patriotischen Darlegungen mit um so größerer Freude, als ich überzeugt bin, daß dieselben wesentlich zur Klarheit über die betreffenden Verhältnisse beitragen werden.“ In der Schlußföhrliche Darstellung ist die Notwendigkeit dauernder staatsrechtlicher Grundlagen des Heerwesens betont. \* Vertheilungen Zeitungen wird gerüchtheit gemeldet, daß der Erlass eines Pferdeausfuerverbotes in Vorbereitung sei.

\* Die zur Wahl des Breslauer Fürstbischöfs Berechtigten sind folgende:

- 1) Dignitäten: Bischof Dr. Kasper, Dean Weißbüchel Dr. Gleis; 2) residirende Domherren: Scholastikus Vornier, Marler, Dr. Wid. v. Moutach, v. Schallala, Dr. Franz, Siesfeld, Seimann, Söfel, Dr. Wolff; 3) Ehrenbürger: Kautz, Kirsch, Com. in Königsberg, Klein, Prot. Woch. a. i. v. inf. Prelat in Breslau, Ahmann, Brodt in Berlin, Banner, Erzpriester in Zolt, Wernath, Erzpriester in Glogau, Hoffmann, Großdekan in Neurade.

Bisher ist die Wahl vorherrschend, daß das Domcapitel auf die Anzahl vergrößert und dem Papste es überlassen werde, sich mit der Regierung über einen neuen Bischof zu verständigen.

In der Provinz Posen haben die Staatsparter Absicht (Königs- und St. Rähms) ihre Staatsparter in die Hände der Regierung abzugeben, nachdem sie dieselben etwa 10 Jahre im Besitz gehabt haben. Vor den sechs Staatspartern, die überhaupt in der Provinz Posen gehalten haben, sind zwei geboren (Wärde und Nowand), drei haben sich im Laufe der Zeit der fröhrlichen Behörde unterworfen (Garmusch, Polan und Gutmer); es bleiben also nach der Restitution der Herren Kubeisch und Wid noch im Gange drei Staatsparter übrig.

Bulgariens. Das Gerücht, die Regierung würde den Prinzen von Battenberg erlösen, nach Bulgarien zurückzuführen, wird aus Sofia offizieller Weise für unbegründet erklärt.

— Von offiziöser Berliner Seite wird der völlige Stillstand der „internationalen Aktion“ bezüglich Bulgariens vermerkt und hinsichtlich des Gerüchtes von der Rückkehr des Battenbergers gesagt: „Das erste entnommene Kandidatur des Battenbergers nicht nur ein Verständigungshinderniß, sondern geradezu eine Herausforderung zum Konflikt wäre, dar in Ansehung der am russischen Hofe gegen den Prinzen Alexander genähten Geföhrnisse als unumstößliche Gewißheit betrachtet werden.“

— Das Wiener Fremdenblatt spricht seine Uebereinstimmung mit dem „Journal de St. Petersbourg“ aus, daß der Plan einer Wiederwahl des Prinzen von Battenberg eine wirkliche Revolution bilden, die allgemeine Ruhe ferner bedrohen würde und deshalb auch außerhalb Russlands keine gute Aufnahme finden würde. Der Plan sei deswegen auch viel zu gewagt und abenteuerlich, um ihn ernst zu nehmen und die Folgen einer solchen Wendung in der bulgarischen Frage in Betracht zu ziehen. Die Bulgaren könnten aus dem letzten Bündnisse der Mächte, eine auf der Unverletzbarkeit des Berliner Vertrages beruhende Lösung auf friedlichem Wege zu erreichen, wohl aus Uebereinstimmung der ruhigen Entwörmung der Bemerkungen billigen und wie sehr sie von der Bulgaren die Vermeidung jeder Bagdadigkeit, wodurch die Situation verwickelt und die allgemeine Ruhe gefährdet werden könnte, erwarten.

— Nach Nachrichten aus Pflissopol soll es an einigen Orten auf dem Lande bei der Steuererhebung zu Schmerzlichkeiten gekommen sein, die Bauern seien theilweise in die Berge geflohen, um sich der Entrichtung der Steuern zu entziehen.

Frankreich. Der deutsche Botschafter Graf Münster wöhtete am 5. zum ersten Male seit seinem Umwohsein wieder dem Empfang im Auswärtigen Amte bei, derselbe beabsichtigte sich am 6. nach Cannes zu begeben.

— Der Minister für Land und Forstwesen hat angeordnet, daß alle Forstbedienstete erster Klasse sich nach Looz begeben sollen, um dort größere Uebungen vorzunehmen. — Ein Telegramm des „Journal des Debats“ aus Wien meldet, daß es dem französischen Kommandanten in Dboch gelungen sei, sich des Hauptquartiers der Massafres in Ambusa zu bemächtigen.

Großbritannien. Einer aus Ottawa in London eingegangenen Depesche zufolge hat Marquis v. Landsdowne den ihm angebotenen Posten des Kriegsministers abgelehnt, da er gegenwärtig Kanada nicht zu verlassen wöhtete. Der Marquis von Landsdowne ist, nachdem er früher Lord des Schatzes und Unterstaatssekretär des Krieges für Indien gewesen, seit 1883 Gouverneur von Kanada. Es ist möglich, daß die Wahlmöglichkeit in Kanada die Anwesenheit eines energiegelanten Mannes jetzt noch mehr als früher benötigten, da der Streit zwischen den Abstammungen der Franzosen und den Engländern wieder in vollster Mächtigkeit steht.





